

ist die fünfte höhere Lehranstalt nach der University of Macau, dem Macau Polytechnic Institute, beides staatliche Einrichtungen, sowie dem Macau Institute of Tourism Education und dem Kiang Wu Nursing College of Macau. Die Universität, an deren Spitze Präsident Zhou Ligao steht, hat vier Fachbereiche: Management und Verwaltung, Informationstechnologie, Recht und chinesische Medizin. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 600 Mio. MPtc (75 Mio. US\$). Für den Bau des Campus, der in drei Stufen erfolgt, sind fünf Jahre veranschlagt. Regierungschef Edmund Ho Hau Wah war bei der Zeremonie zugegen. Die Universität erhält auch Unterstützung von Universitäten auf dem chinesischen Festland. (XNA, 11.1.01) -ljk-

45 Neues Großprojekt genehmigt

Der Sekretär für Transport und öffentliche Einrichtungen, Ao Man Long (Ou Wenlong), gab am 10. Januar bekannt, dass die Regierung der SVRM grünes Licht für das Projekt eines Produktionszentrums für Satellitenfernsehen gegeben hat. Das Zentrum wird auf urbar gemachtem Land zwischen den Inseln Taipa und Coloane gebaut. Ein Konsortium mit Sitz in Hongkong hat zunächst einmal 200 Mio. MPtc (25 Mio. US\$) investiert, worin die 23 Mio. enthalten sind, die für die Landkonzession bezahlt wurden. Der Bau des Zentrums erfolgt in zwei Phasen. Die erste Phase des Projekts wird in zwei Jahren vollendet sein. Sie begann nach dem Frühlingsfest und bietet in diesem Jahr 350 Arbeitsplätze. Diese Phase beansprucht über 100.000 qm und umfasst neun Produktionsstudios, Verwaltungsgebäude, Freilichtstudios, Parkplätze etc. Wenn das Zentrum im Jahr 2002 seinen Betrieb aufnimmt, werden 800 Arbeitsplätze geschaffen sein. Das zweite Projektstadium benötigt 50.000 qm Boden. (Macau Government Information Bureau website, 10.1.01; XNA, 12.1.01) -ljk-

46 Wahlregistrierung beginnt

Am 17. Januar begann in Macau die offizielle Registrierung von Wählern. Personen mit ständigem Wohnsitz in Macau, die über 18 Jahre alt sind, sind registrierungsberechtigt. Rechts-

gültige soziale Organisationen können sich ebenfalls registrieren lassen. Zwischen dem 20. Januar und dem 22. Juni werden die neuen Wählerkarten je nach Wohnort des Betreffenden erhältlich sein. Es ist die erste Registrierung seit Gründung der SVR Macau im Dezember 1999. Die Zahl der Wahlberechtigten wird auf 300.000 (bei einer Gesamtbevölkerung von 437.000) geschätzt. Am 15. Oktober dieses Jahres läuft die Amtszeit der ersten Legislativversammlung (sie umfasst 23 Mitglieder) der SVRM aus, so dass vorher die neuen Mitglieder gewählt werden müssen. (XNA, 18./30.1.01) -ljk-

Taiwan

47 Der kleine Grenzverkehr läuft - neue Perspektiven für die großen drei Direktverbindungen?

Am 2. Januar liefen erstmals Schiffe im Rahmen des von Taiwan einseitig eröffneten kleinen Grenzverkehrs Festlandshäfen an. Während die praktische Bedeutung dieser Direktverbindungen begrenzt bleibt, ergeben sich daraus womöglich neue Realisierungsperspektiven für die erstrebten „großen drei Verbindungen“ zwischen der Hauptinsel Formosa und dem chinesischen Festland.

Die ursprünglich für den Neujahrstag geplante Premierenfahrt scheiterte: Ein Schiff, das von der zu Taiwan gehörenden Insel Jinmen (Kinmen, Quemoy) Richtung Xiamen ausgelaufen war, musste wegen schlechten Wetters umkehren. Der zweite Versuch gelang dann: Am 2. Januar konnten erstmals seit über 50 Jahren Bürger der Insel Mazu (Matsu) wieder auf legalem Wege aufs Festland übersetzen. Die 4700 t große Taima brachte 500 Pilger und 16 Journalisten zum nahe Fuzhou, der Provinzhauptstadt von Fujian, gelegenen Hafen Mawei; ein zweites Schiff beförderte 200 Passagiere von Kinmen nach Xiamen. In beiden Fällen waren örtliche Funktionäre mit von der Partie, und die festlandschinesische Seite hatte aus Beijing offenbar grünes Licht erhalten, Schiffe und Besucher zu empfangen und wieder ausreisen zu lassen. Das

leidige Problem der konkurrierenden Nationalflaggen wurde umgangen, indem die taiwanischen Schiffe unbesetzt in die chinesischen Gewässer einliefen.

Der Gegenbesuch ließ allerdings auf sich warten. Die chinesische Seite machte zunächst Schwierigkeiten, als Bürger der VR China ihrerseits den neuen kleinen Grenzverkehr nutzen wollten. Eine zunächst für den 16. Januar geplante Fahrt von hundert älteren Bürgern Xiamens zum Verwandtenbesuch auf ihre ursprüngliche Heimatinsel Kinmen musste daher auf Anfang Februar verschoben werden; die Erlaubnis zur Fahrt wurde jedoch Ende Januar erteilt. China zeigte sich daher zur praktischen Zusammenarbeit beim kleinen Grenzverkehr bereit, obwohl offizielle Stimmen ihn als völlig unzureichend kritisierten und die VR-chinesische Presse kaum etwas darüber berichten durfte.

Im Gespräch mit taiwanischen Oppositionspolitikern ließ Chinas Vizepremier Qian Qichen drei Wochen später eine gewisse Lockerung der bisherigen harten Haltung erkennen, derzufolge Taiwan die Ein-China-Doktrin anerkennen müsse, ehe über die von Beijing lange geforderten großen drei Direktverbindungen verhandelt werden könne. Nun hieß es, diese Verbindungen seien für China von spezieller innerchinesischer Natur, da es sich bei Taiwan lediglich um ein besonderes chinesisches Zollgebiet handele. Stimmen in Taiwan sahen in Qians Äußerungen einen Hinweis auf die Möglichkeit, dass die nötigen bilateralen Gespräche über die Modalitäten der Verkehrsverbindungen womöglich auch von nichtstaatlichen taiwanischen Stellen geführt werden könnten. Da China die Verkehrs- und Handelsbeziehungen mit Hongkong und Macau über Jahrzehnte ebenso ohne Existenz zwischenstaatlicher Verträge gehandhabt hat, könnte dies in der Tat ein Modell für Taiwan sein. Andererseits bestehen auf Seiten der Regierung in Taipei nach wie vor erhebliche Sicherheitsbedenken gegenüber vollen Direktbeziehungen - Handel, Verkehr, Telekommunikation - vor allem, was Verkehrsbeziehungen angeht. Taiwans Regierung setzt eher darauf, dass sich nach einem Beitritt beider Seiten zur Welthandelsorganisation WTO eine neue Lage ergibt, in der China um offi-

zielle Verhandlungen mit Taiwan ohne unannehmbare Vorbedingungen nicht mehr herkommt. So lange dürfte es beim kleinen Grenzverkehr und dessen vorwiegend symbolischer Bedeutung bleiben. (<http://interactive.wsg.com>, 2.1.01; FT, 3.1.01; IHT, 4.1.01; SCMP, 4.1.01; www.taipeitimes.com, 12.1., 16.1., 24.1. und 30.1.01; vgl. auch C.a., 2000/12, Ü 38) -hws-

48 Haushalt für 2001 verabschiedet

Mit erheblicher Verspätung hat das Parlament im Januar den Haushalt für das neue Jahr verabschiedet. Sein Kennzeichen: politisch motivierte erhebliche Kürzungen und ein neues Rekorddefizit. Unmittelbar vor mehrwöchigen Ferien anlässlich des chinesischen Neujahrs verabschiedete das Parlament in einer nächtlichen Marathonsitzung Anfang Januar den Etat für das laufende Jahr. Zuvor hatte der neue Haushalt für den Machtkampf zwischen Regierung und Opposition - die im Parlament das Sagen hat - herhalten müssen. Die Legislative hatte den Entwurf, der noch unter dem früheren Premierminister Tang Fei Anfang Oktober eingebracht worden war, mehrfach zurückgehen lassen und dabei teils gravierende Einschnitte verlangt. Nach harten Verhandlungen wurden einige der Forderungen wieder zurückgenommen. Dennoch muss die Regierung mit 32,7 Mrd. NT\$ - entsprechend 2% - weniger auskommen als veranschlagt. Es sind die stärksten Haushaltskürzungen seit fünf Jahren. Die Verabschiedung erfolgte freilich mit teils schikanoösen Auflagen. Vor allem betrifft dies die Bedingung, dass der 4,4-Mrd-NT\$-Etat für die Academia Sinica erst freigegeben wird, wenn ihr Präsident Lee Yuan-tseh (Li Yuanzhe) im Parlament zum Rapport angetreten ist: Lee hatte sich im Präsidentschaftswahlkampf des letzten Jahres für Chen Shui-bian stark gemacht und damit dank seines hohen Ansehens als Nobelpreisträger nicht unerheblich zu dessen Wahlerfolg beigetragen. Da Lee seinen Bericht frühestens nach Ende der Parlamentsferien Mitte Februar abliefern kann, muss er bis dahin zusehen, wie die Akademie, Taiwans renommiertes Forschungsinstitut, über die Runden kommt. Lee selbst sprach zurückhaltend von drohenden „Geschäfts-

führungsproblemen“. Angesichts der immer weiter auseinander klaffenden Schere von Einnahmen und Ausgaben hätten die Kürzungen im Staatshaushalt freilich eher noch stärker ausfallen müssen. Veranschlagten 1,576 Billionen NT\$ an Ausgaben stehen 1,38 Billionen NT\$ an erwarteten Einnahmen gegenüber. Das Defizit wird von 149 auf 195 Mrd. NT\$ steigen und 14,6% der Bruttoausgaben erreichen und damit nur noch knapp unter dem gesetzlichen Limit von 15% bleiben. (NZZ, 8.1.01; www.taipeitimes.com, 5.1.01) -hws-

49 Schwerer Rückschlag für Chen Shui-bians Anti-Atompolitik

Ein Gutachten des Obersten Gerichtshofs bescheinigte der Regierung, beim Baustopp des vierten Atomkraftwerks Verfahrensfehler begangen zu haben. Die Verfassungsinterpretation, ein wenig hilfreicher, unter den Richtern selbst umstrittener Kompromiss, trug zur Klärung der erbittert ausgetragenen Kontroverse um die Atomenergiepolitik wenig bei. Am Ende gab das Parlament ein eindeutiges Votum pro AKW ab.

Streitpunkt war die Frage, ob die Regierung verfassungsgemäß handelte, als sie im Oktober einen Baustopp für das vierte taiwanische Atomkraftwerk (AKW) beschloss, obwohl das Projekt und die Gelder vom Parlament verabschiedet worden waren. Die Regierung vertrat den Standpunkt, bei einem Macht- und Politikwechsel wie im letzten Jahr dürfe sie selbstverständlich auf vom Parlament beschlossene Ausgaben verzichten; die Opposition erkannte darin im Gegenteil eine Missachtung des Parlaments, in dem sie über die Mehrheit der Stimmen verfügt. Präsident Chen Shui-bian hatte im Wahlkampf des letzten Jahres eine Beendigung des Pro-Atomkraft-Kurses versprochen und sah sich gegenüber seinen Wählern im Wort. Eine Überprüfung der Realisierbarkeit und der Kosten beider Alternativen - Stilllegung des Baus und Errichtung anderer Kraftwerke oder Weiterbau des zu einem Drittel fertigen Reaktors - hatte mehrere Monate Zeit gekostet und kein wirklich eindeutiges Ergebnis erbracht, auch wenn der Kostenfaktor eher gegen einen Bau-

stopp sprach. Um zumindest den Vorwurf nicht verfassungskonformen Handels zu entkräften, hatte sich Ministerpräsident Chang Chun-hsiung (Zhang Junxiong) dann im November an den Obersten Gerichtshof gewandt. (Vgl. C.a., 2000/10, Ü 43, und 2000/11, Ü 46)

Die Richter mochten ein verfassungswidriges Verhalten zwar nicht erkennen, wohl aber einen Verfahrensfehler: Da es um einen Wechsel der politischen Linie gehe, hätte Premier Chang dem Parlament seine Entscheidung zum Baustopp darlegen und begründen und so dem Parlament in einem geordneten Verfahren die Möglichkeit geben müssen, dem Regierungsbeschluss zuzustimmen oder ihn zu verwerfen. Dies sei nachzuholen. Das Parlament habe sich ebenfalls falsch verhalten, als es dem Premier nach der Baustoppentscheidung verwehrt habe, zu ihm zu sprechen. Regierung und Opposition seien aufgefordert, ihren Streit auf dem Verhandlungswege zu klären. Gelänge dies nicht, so gebe es drei Möglichkeiten: Rücktritt des Premiers, ein Misstrauensvotum gegen die Regierung (dies mit der Möglichkeit für den Präsidenten, das Parlament aufzulösen) oder die Verabschiedung eines neuen, die Regierung bindenden Energiegesetzes.

Das lediglich auf Formalien abhebende Votum des Gerichts spiegelte die Tatsache wieder, dass auch die Auffassungen der obersten Richter stark divergierten; mehrere von ihnen gaben abweichende Voten ab.

Sowohl die Regierung als auch die Opposition erklärten nach dem mehrheitlichen Richtervotum, sie fühlten sich im Kern bestätigt. Der Baustopp sei keineswegs verfassungswidrig, betonten Premier und Präsident, und der Verfahrensirrturn sei korrigierbar. Falsch, entgegnete die Opposition: Die Zustimmung der Legislative sei erforderlich und fehle. Zudem bedeute der Richterspruch, dass der Baustopp unwirksam sei und einstweilen weitergebaut werden müsse. Eine Unwirksamkeit des Baustopps hätten die Richter aber keineswegs festgestellt, kontierte ein Regierungssprecher.

So folgte auf dem Fuße, was angesichts des Richterspruchs zu erwarten war: Der Streit erlebte keine Klärung, sondern eskalierte noch, wobei

zunächst die Frage im Vordergrund stand, ob die Regierung, wenn sie ihren Teil der Verfahrensfehler heilen und Premier Chang zur Berichterstattung ins Parlament schicken wolle, nicht zuvor den alten Zustand wiederherstellen und den Weiterbau des AKW anordnen müsse. Die Richter hatten dies freilich nicht ausdrücklich verlangt, und so sah die Regierung auch keinen Grund, so zu verfahren. Auf dieser Basis jedoch, so die Opposition, könne es die von den Richtern geforderten Verhandlungen nicht geben.

Die Börsianer jedenfalls werteten den Richterspruch als positives Signal und erwarteten nunmehr die baldige Aufhebung des Baustopps. Am Tag nach Bekanntgabe des Richterspruchs schoss der taiwanische Aktienindex Taiex um 5,3% in die Höhe.

Die Opposition brachte die Regierung weiter dadurch in Bedrängnis, dass sie beim Kontroll-Yuan - einer speziellen, dem altchinesischen Zensurat nachgebildeten Behörde zur Überprüfung von Amtsvergehen - einen Antrag stellte, die Vorgänge zu untersuchen, die zum Baustopp führten. Der Kontroll-Yuan bat daraufhin Regierungsvertreter bis hinauf zum Ministerpräsidenten um Rechenschaftslegung.

Ende des Monats vollzog die Legislative dann den entscheidenden Schritt, der eine Fortführung der Anti-Atompolitik einstweilen unmöglich machen dürfte. Sie unterbrach die Parlamentsferien zu einer Sondersitzung am 30./31. Januar, um Premier Changs ausgebliebenen Bericht über die Stilllegung des Baus zu hören; anschließend verabschiedete sie mit einer überwältigenden Mehrheit von 135 gegen 70 Stimmen eine Resolution, die die Regierung ausdrücklich zum Weiterbau des AKW auffordert.

Präsident Chen hatte sich um diese Zeit auf die Suche nach möglichen Kompromisslinien begeben. Die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung - die eher pro Weiterbau ist - müsse respektiert werden. Denkbar sei ein umfassendes Energieversorgungsgesetz. Auch der früher von der im Parlament dominierenden Oppositionspartei KMT gemachte Vorschlag, als Ausgleich für das moderne vierte AKW die älteren früher als geplant

vom Netz zu nehmen, wird wieder diskutiert.

Die taiwanische Öffentlichkeit ist in der Sache gespalten. Umfragen lieferten je nach Fragestellung und Zeitpunkt ganz divergierende Meinungsbilder. Stellt man sie einander gegenüber, so ergibt sich jedoch, dass die Bevölkerungsmehrheit keine sonderlich dezidierte Einstellung zur Frage hat, ob das vierte AKW nun fertig gestellt werden soll oder nicht. So erklärten bei einer Umfrage im September 44%, sie würden eine Regierungsentscheidung gegen das AKW unterstützen, während 32% sie nicht unterstützen würden. Demnach hätte die Anti-AKW-Politik der Regierung eine - relative - Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Befragt, ob sie eine Entscheidung für den Weiterbau billigen würden, antworteten aber 63% mit Ja und 19% mit Nein, sodass sich also - in derselben Umfrage! - auch für das Gegenteil eine Mehrheit ergab, freilich eine deutlich stärkere pro AKW. Offenbar trauen sich die meisten Bürger in dieser hoch komplexen Frage kein eigenes Urteil zu und sind bereit zu akzeptieren, was die Regierung für richtig hält. Letzten Oktober ergab eine Umfrage, dass eine Mehrheit der Bevölkerung auf das vierte AKW verzichten möchte, falls es dadurch nicht zu Stromausfällen kommt. Eben dieses jedoch wird kaum garantiert werden können, nachdem Taipower schon jetzt Probleme hat, die Energieversorgung zu sichern.

Eine starke Strömung in der Bevölkerung, vor allem aber in der Umgebung des neuen AKW lehnt einen weiteren Ausbau der Kernenergienutzung freilich vehement ab. Anti-AKW-Aktivisten versammelten sich denn auch am 30. Januar zu einem Sit-in vor dem Parlament. Die Versammlung wurde überschattet von einer versuchten Selbstverbrennung. Der 53-jährige Arbeitslose, der zuvor einem Journalisten ein Protestschreiben gegen den Weiterbau überreicht hatte, erlitt dank des beherzten Eingreifens der Umstehenden keine allzu schweren Verbrennungen. Eine weitere Selbstverbrennung aus denselben Motiven war tags zuvor in Tainan gescheitert, wenn auch mit sehr erheblichen Verletzungen.

Selbst wenn die Regierung sich dem Parlamentsvotum rasch beugen sollte,

wird die Geschichte teuer. Taipower, das Energieunternehmen, das für Bau und Betrieb der AKWs zuständig ist, rechnete vor, dass bis Mitte Januar bereits baustoppbedingte Mehrkosten von 500 Mio. NT\$ (16,6 Mio. Euro) aufgelaufen waren. Da eine Wiederaufnahme der Arbeiten derzeit nicht absehbar ist, kommt auf Taipower weiterer Ärger zu: Die Baufirmen und Zulieferer dürfen ihre Verträge annullieren, wenn der Bau länger als drei Monate still liegt. Das war Ende Januar der Fall. Falls sich Firmen tatsächlich zurückzögen, könnte es laut Taipower bis zu einem Jahr dauern, Ersatz zu schaffen. (www.taipeitimes.com, 16.1. bis 18.1., 20.1., 26.1., 30.1. bis 1.2.01; IHT, 16.1.00; NZZ, 19.1.01; SCMP, 30.1.01; FT, 31.1.01) -hws-